

WALTHER L. BERNECKER

KRIEG IN SPANIEN

1936–1939

2., vollständig überarbeitete und erweiterte Auflage

A 06 - 02995



Wissenschaftliche Buchgesellschaft

Einbandgestaltung: Peter Lohse, Büttelborn.
Einbandbild: Pablo Picasso, Guernica.
© Succession Picasso/VG Bild-Kunst, Bonn 2005.
Foto: akg-images.

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation
in der Deutschen Nationalbibliografie;
detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über
<http://dnb.ddb.de> abrufbar.

Das Werk ist in allen seinen Teilen urheberrechtlich geschützt.
Jede Verwertung ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig.
Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen,
Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung in
und Verarbeitung durch elektronische Systeme.

2., vollständig überarbeitete Auflage 2005
© 2005 by Wissenschaftliche Buchgesellschaft, Darmstadt
1. Auflage 1991

Die Herausgabe des Werkes wurde durch
die Vereinsmitglieder der WBG ermöglicht.
Gedruckt auf säurefreiem und alterungsbeständigem Papier
Printed in Germany

Besuchen Sie uns im Internet: www.wbg-darmstadt.de

ISBN 3-534-19027-0

INHALT

Einleitung	1
1. Hintergründe und Anlässe: Strukturen und Konjunkturen	5
2. Die militärische Dimension: Kriegsphasen und Operationen, Milizen und Heere	25
3. Die internationale Dimension: Intervention und Nichtintervention	47
4. Die politische Dimension: Einheit und Vielfalt	115
5. Die sozioökonomische Dimension: Revolution und Reaktion	153
6. Die ideologische Dimension: Kirche und Kultur	187
7. Schlußbetrachtung: Gesamteinschätzung und Folgen	210
8. Der Bürgerkrieg und die spanische Gesellschaft – 70 Jahre danach	217

Anhang

Tendenzen und Desiderate der Forschung	237
Hilfsmittel: Archivführer, Lexika, Bibliographien	267
Abkürzungsverzeichnis	279
Literatur	281
Personenregister	295

8. DER BÜRGERKRIEG UND DIE SPANISCHE GESELLSCHAFT – 70 JAHRE DANACH

Seit dem Bürgerkrieg sind inzwischen ca. 70 Jahre vergangen. Nach dem Ende der Franco-Ära konnte das Land erstaunlich schnell und reibungslos den Übergang in die Demokratie bewältigen. Während des Franquismus und danach war der Bürgerkrieg im politischen und historischen Diskurs stets obligater Bezugspunkt; kaum jemand versäumte es, auf den Ursprung des Franco-Regimes im Krieg hinzuweisen. Und der nach 1975 einsetzende Boom an Bürgerkriegsliteratur entsprach einem verbreiteten Bedürfnis in weiten Bevölkerungskreisen nach Information und Aufklärung, nachdem in den Jahrzehnten zuvor die Geschichtsschreibung vielfach zur Legitimation des Siegerregimes instrumentalisiert worden war. Historiker und Publizisten waren sich stets darin einig, daß erst in einem demokratischen Staat, ohne intellektuelle Gängelung oder politische Zensur, die vollständige Aufarbeitung der Bürgerkriegsgeschichte oder der besonders dunklen Jahre des frühen Franquismus erfolgen würde.

Es stand zu erwarten, daß im demokratischen Spanien an den Jahrestagen des Bürgerkrieges verstärkte Aktivitäten stattfinden würden, um dem Informations- und Aufklärungsbedürfnis der Bürger nachzukommen. Die Jahrestage 1976/1979 fielen allerdings voll in die politisch aufgewühlte Transitionsphase; sowohl die Politiker als auch die Zivilgesellschaft mußten all ihre Energien auf die Bewältigung des Übergangs von der Diktatur in die Demokratie konzentrieren. Als diese Gratwanderung erfolgreich abgeschlossen war und seit 1982 die Sozialistische Partei unangefochten regierte, bot der Jahrestag 1986 zum ersten Mal im redemokratisierten Spanien die Gelegenheit, ohne staatlich verordnete ideologische Vorgaben des Bürgerkriegsbeginns vor 50 Jahren zu gedenken. Zweifellos gab es 1986 auch öffentliche Veranstaltungen, die an den Bürgerkriegsbeginn erinnerten (während der Jahrestag des Kriegsendes 1989 praktisch unbeachtet verstrich); aber gemessen an der überragenden Bedeutung, die dieser Krieg für das Spanien der Gegenwart hat, hielten sich die Rückblicke eher in Grenzen. Die meisten Veranstal-

tungen waren ohnehin in die eher „entschärfte“ Domäne der Historiker übergegangen. Denn darin waren sich nahezu alle politisch und wissenschaftlich Verantwortlichen einig: Die Gedenkveranstaltungen sollten der früheren folkloristisch-propagandistischen Funktionen entkleidet werden und „streng“ wissenschaftlichen Charakter erhalten; keine erneuten Rechtfertigungen, sondern Erklärungen waren gefragt; nicht die Opas, die den Krieg geführt hatten, sondern die jungen Akademiker, die ihn nur über Quellen und Literatur kannten, waren die Protagonisten der Veranstaltungen. Und auf diesen selbst wurde immer wieder mahnend dazu aufgefordert, „objektiv“ und „historisch distanziert“ zu argumentieren, da man doch über ein längst vergangenes Ereignis spreche, das seit langem schon Teil der „Geschichte“ sei.

Ergebnis dieser Tagungen und Kongresse waren mehrere Sammelbände, die ein weitgehend ausgewogenes Bild des Bürgerkrieges präsentierten; verbreitete historische Zeitschriften (etwa *Historia 16*) und Tageszeitungen mit hohen Auflagen (*El País* u. a.) brachten vielfältige Bürgerkriegsbeiträge.¹ Im Gegensatz zu diesen historiographischen Beiträgen ließ sich das „offizielle“ Spanien so gut wie nicht vernehmen. Im Juni 1986, wenige Wochen vor dem eigentlichen Jahrestag des Bürgerkriegsbeginns, standen Parlamentswahlen auf der politischen Tagesordnung, bei denen es für die regierende Sozialistische Partei um den Erhalt ihrer absoluten Mehrheit ging, und in dieser politisch heiklen Situation durften Wähler der Mitte und der gemäßigten Rechten nicht verunsichert oder gar verschreckt werden, indem öffentlich und über Massenmedien auf die Spaltung der spanischen Gesellschaft in den dreißiger Jahren hingewiesen wurde. Damals war ja die Sozialistische Partei eindeutig in dem linken Spektrum des politischen Lebens angesiedelt gewesen. Außerdem wäre wohl eine öffentliche Debatte nicht zu verhindern gewesen, in der auch die Mitverantwortung der stärksten Arbeiter-

¹ Vgl. etwa die monographischen Sondernummern zum Spanischen Bürgerkrieg folgender Zeitschriften: *Cuenta y Razón* Nr. 21, Sept.–Dez. 1985; *Arbor* Nr. 491/492, 1986; *Studia Historica* Nr. 4, Bd. III, 1985; *Letras de Deusto*, Bd. 16, Nr. 35, Mai–Aug. 1986; *Aportes* Nr. 8, Juni 1988; als Tagungsbände vgl. Universität de València, Facultat de Geografia i Història: *Estudis d'Història Contemporània del País Valencià, València o. J.*; Julio Aróstegui (Hrsg.) 1988; als Sammelbände vgl. Tuñón de Lara (u. a.) 1987; Ramón Tamames (u. a.), *La guerra civil española. Una reflexión moral 50 años después*, Barcelona 1986.

partei am Scheitern der spanischen Demokratie diskutiert worden wäre.

Die einzige Verlautbarung aus dem Moncloa-Palast – Ministerpräsident Felipe González verkündete sie als Regierungschef aller Spanier, nicht als Generalsekretär der Sozialistischen Partei – besagte, der Bürgerkrieg sei „kein Ereignis, dessen man gedenken sollte, auch wenn er für die, die ihn erlebten und erlitten, eine entscheidende Episode in ihrem Leben darstellte“. Inzwischen sei der Krieg jedoch „endgültig Geschichte, Teil der Erinnerung und der kollektiven Erfahrung der Spanier“; er sei „nicht mehr lebendig und präsent in der Realität eines Landes, dessen moralisches Gewissen letztlich auf den Prinzipien der Freiheit und der Toleranz basiert“.²

Sicherlich sind derartige Äußerungen in Zusammenhang mit dem demokratischen Neuaufbau nach 1975 und dem Schlüsselwort beim Abbau der Diktatur zu sehen: *consenso*, Zusammenwirken aller. Die traumatische Erfahrung von Bürgerkrieg, brutalster Gewaltausübung und gesellschaftlicher Spaltung dürfte unausgesprochen den Hintergrund vieler Haltungen und Maßnahmen in der Übergangsphase zur Demokratie gebildet haben: für die Akzeptierung der Monarchie durch die republikanischen Sozialisten, für die gemäßigten Positionen der Kommunisten, für das Zusammenwirken aller politischen Kräfte bei der Ausarbeitung der neuen Verfassung. Die neue Demokratie sollte nicht von einem Teil gegen den Willen des anderen, sondern möglichst unter Mitwirkung aller politischen Lager aufgebaut werden. Voraussetzung hierfür aber war die Wiederversöhnung aller ehemals verfeindeten Lager. Nicht alte, noch ausstehende Rechnungen sollten beglichen, sondern ein endgültiger Schlußstrich unter die Kämpfe und Feindschaften der Vergangenheit gezogen werden. Dieser Wunsch nach Aussöhnung und die Angst davor, alt-neue, nicht verheilte Wunden wieder aufzureißen, mögen die regierenden Sozialisten – die zu den Hauptverlierern des Bürgerkrieges gehörten! – mitbewogen haben, den Jahrestag 1986 offiziell nicht zur Kenntnis zu nehmen, ja: zu verdrängen, und außerdem politisches Verständnis für die ehemals „andere“ Seite zu zeigen. Weiter heißt es nämlich in der Moncloa-Erklärung, die Regierung wolle „die Erinnerung an all jene ehren und hochhalten, die jederzeit mit ihrer Anstrengung – und viele mit ihrem Leben – zur Verteidigung der Freiheit und der Demokratie in Spanien beigetra-

² „Una guerra civil no es un acontecimiento conmemorable“, afirma el Gobierno, in: *El País* vom 18. 7. 1986, S. 17.

gen haben“; zugleich gedenke sie „respektvoll jener, die – von anderen Positionen aus als denen des demokratischen Spanien – für eine andere Gesellschaft kämpften, für die viele auch ihr Leben opfer-ten“. Die Regierung hoffe, daß „aus keinem Grund und keinem Anlaß das Gespenst des Krieges und des Hasses jemals wieder unser Land heimsuche, unser Bewußtsein verdunkle und unsere Freiheit zerstöre. Deshalb äußert die Regierung auch ihren Wunsch, daß der 50. Jahrestag des Bürgerkrieges endgültig die Wiederver-söhnung der Spanier besiegle.“

Die bis 1996 regierenden Sozialisten griffen auf die Erblast der Angst als Folge des Krieges zurück, um ihre politische Vorsicht ab-zusichern, um keine radikalen Veränderungen vorzunehmen, die möglicherweise die Stabilität des Systems gefährden könnten. Wel-cher Richter, welcher Staatsanwalt, welcher Polizist, welcher Gene-ral ist nach 1975 oder nach der Machtübernahme durch die Sozialis-ten für Vergehen während der Franco-Diktatur seines Amtes enthoben oder gar bestraft worden? Die in Spanien nach 1975 relativ schnell erreichte Stabilität hatte ihren politischen und moralischen Preis, der soziopolitische Friede mußte erkaufte werden. Ein Großteil der älteren Militärs identifizierte sich in den siebziger und achtziger Jahren noch mehr oder weniger mit seiner franquistischen Vergan-genheit. In manchen offiziellen Heerespublikationen jener Jahre nahmen Francos Bilder und seine Titel eine wichtigere Stelle als die demokratisch legitimierten staatlichen Würdenträger ein. In Militär-kreisen und Kasernen wurde noch längere Zeit vom „Kreuzzeug“ gesprochen; allerdings handelte es sich zehn Jahre nach Francos Tod nunmehr um das Vokabular einer Minderheit unter den Militärs. Das Überleben des franquistischen Symbolsystems erinnerte jedoch daran, daß die politische Reform aus einem Pakt hervorgegangen war, der innerhalb der autoritären Institutionen ausgearbeitet wur-de und schließlich zur Transition führte. Diesem Übergangscharak-ter entsprechend gingen die Streitkräfte ohne jegliche Art von Säu-berung von der Diktatur in den Postfranquismus über.

Die Tatsache, daß es keinen klaren demokratischen Bruch mit der franquistischen Diktatur gab, hat einen Schatten auf jene Bereiche der Vergangenheit geworfen, die in der französischen Historiogra-phy „Orte des Gedächtnisses“ genannt werden. Die *transición* stell-te eine Art Ehrenabkommen dar, durch das die Kompensation der Franquisten für die Übergabe der Macht in der Praktizierung einer kollektiven Amnesie erfolgte. Dies gilt nicht nur für die konservati-ven Übergangsregierungen der Jahre 1977–1982; dies ist nicht weni-

ger gültig für den *Partido Socialista Obrero Español*: Mit ihrer Ge-schichtslosigkeit setzte die spanische Sozialdemokratie den in der Franco-Zeit erzwungenen Gedächtnisverlust des Volkes fort. In bei-den Fällen diene die Marginalisierung und Verdrängung von Ge-schichte der Stabilisierung bestehender Machtverhältnisse.

Während der gesamten Franco-Ära hatte das Regime durch *dam-natio historiae* versucht, jegliche historische Erinnerung, die sich nicht in die Tradition des Aufstandes vom 17./18.Juli 1936 einreihen ließ, auszuschalten: physisch durch Ermordung aller exponierten Kräfte der republikanischen Seite, politisch durch kompromißlose Machtaufteilung unter den Siegern, intellektuell durch Zensur und Verbote, propagandistisch durch einseitige Indoktrinierungen, kul-turell durch Eliminierung der Symbole jenes angeblichen „Anti-Spanien“, das in zermürbender Langsamkeit drei Jahre lang bis zur bedingungslosen Kapitulation bekämpft worden war. Zur Zerstö-rung der Erinnerung an jenes unterlegene Spanien „des Hammers und des Meißels“ (Antonio Machado) kam bald die Notwendigkeit, die Spur der eigenen Verbrechen aus dem Gedächtnis der Men-schen tilgen zu müssen. Die Auswahl des aus dem kollektiven Ge-dächtnis zu Streichenden war ein Prozeß negativer Selektion, der vom Zentrum der Macht aus gesteuert wurde. Ganz im Gegensatz zu dieser Haltung des Sieger-Regimes haben die Regierungen der *transición* keinen übermäßigen Eifer an den Tag gelegt, die Symbole des Franquismus aus der Öffentlichkeit zu entfernen. Einige sind bis heute anzutreffen.

Ein weiterer wichtiger Grund für die offizielle Verdrängung des Bürgerkrieges dürfte in dem ideologischen Konsens gelegen haben, der in den Jahren der Transition und des darauf folgenden ökonomi-schen Aufschwungs die spanische Gesellschaft bestimmte und der auf die Begriffe Modernisierung und Europäisierung gebracht wer-den kann. Hintergrund der Fortschrittsgläubigkeit, des extrovertier-ten Konsumrausches und der ungezügelt Europa-Euphorie jener Phase war ein tiefsitzender Minderwertigkeitskomplex gerade in bezug auf diesen Fortschritt und dieses Europa, von dem das Fran-co-Regime sich zuerst bewußt abgekoppelt hatte („Spanien ist an-ders“) und von dem es zuletzt aus politischen und ökonomischen Gründen ferngehalten worden war. Philosophen, Schriftsteller und Politiker haben sich immer wieder die Frage nach den Gründen für Spaniens „Rückständigkeit“ gestellt, und lange Zeit war der Ent-wicklungsvorsprung Europas gegenüber Spanien ein in Publizistik, Literatur und Philosophie häufig anzutreffendes Thema. Der Bür-

Eine vergleichbare Wirkung wie literarische Verarbeitungen und Spielfilme hatten auch historische Ausstellungen und Dokumentarfilme über die politische Repression, das Exil und den Widerstand der *maquis*, und das neu erwachte fachhistorische Interesse hat dem Thema der Vergangenheitsbewältigung letztlich eine breitere Repräsentation in der Öffentlichkeit als jemals zuvor verschafft.

Was den Zusammenhang von öffentlicher Aufarbeitung der franquistischen Repression und Bürgerkriegshistoriographie betrifft, verdient die These von Santos Juliá Aufmerksamkeit: Er bestreitet bekanntlich, daß es in Spanien je einen „Pakt des Schweigens“ gegeben habe; im öffentlichen Diskurs sei die Erinnerung vielmehr stets präsent gewesen. Erst die Erinnerung habe als stete Mahnung den entscheidenden Impuls für die Aushandlung der Amnestien in der Frühphase der Transition gegeben und jenes „heilsame“ Vergessen ermöglicht, durch das der Bürgerkrieg als Argument des politischen Wettbewerbs gebannt werden konnte. Juliá verweist auf die intellektuelle Vorgeschichte der Transition, in der sich die gemäßigten Kräfte innerhalb und außerhalb des Regimes schon lange vor dem Tod des Diktators angenähert und den späteren Versöhnungsdiskurs gewissermaßen mental vorbereitet hätten. Deutlichstes Anzeichen dafür war die allmähliche Umdeutung des Bürgerkriegs, der nun – von ideologischer Last und gegenseitigen Schuldzuweisungen befreit – in erster Linie als ein kollektives Unglück betrachtet wurde, für das beide Seiten gleichermaßen Verantwortung trugen. Hinter den aktuellen Erinnerungsansprüchen steht somit, folgt man Juliá, nicht die Ablehnung eines (ohnehin inexistenten) „Verschwiegenheitspaktes“, sondern die Aufkündigung des Erinnerungskonsenses der Transition, der eine gleichmäßige Verteilung der Schuld implizierte.¹⁵

Letztere Beobachtung läßt sich durchaus empirisch belegen: Denn in der Tat wurde in den Veröffentlichungen der letzten zehn Jahre mit mehr Nachdruck als früher die Illegitimität des Militärputsches von 1936 betont sowie die systematische Repression auf franquistischer Seite herausgearbeitet. Die franquistische Bürgerkriegs- und Nach-Bürgerkriegsrepression wurde geradezu zu einem neuartigen Zweig der Geschichtswissenschaft. Auf der anderen Seite formierte sich auch das konservative Deutungslager. Autoren

von Überlebenden des *maquis*. Vergleichbar in der Anlage (Gespräche mit Überlebenden) ist Jaime Camino, *Los niños de Rusia* (2001).

¹⁵ Juliá, *Echar al olvido* (Anm. 7).

wie Pío Moa oder César Vidal, die nahezu die gesamte Verantwortung für den Bürgerkrieg bei der Linken abladen, haben mit zahlreichen Publikationen in den letzten Jahren erstaunliche Verkaufserfolge gefeiert.¹⁶ Die relative Interpretationshomogenität ist somit wieder ausgeprägter Deutungsdiskrepanz gewichen.

Daß die gesellschaftliche Aufarbeitung der franquistischen Repressionsvergangenheit in den letzten Jahren zu einem so unerwartet bedeutenden Thema in Spanien wurde, hing damit zusammen, daß von 1996 bis 2004 in Madrid der konservative *Partido Popular* (PP) unter José María Aznar die Regierung stellte. Von Anfang an verhielt sich in geschichtlichen und geschichtspolitischen Fragen die PP-Regierung als Sachwalterin des franquistischen Erbes. Auf die Initiativen der Opposition, 60 Jahre nach Kriegsende (1939–1999) das Andenken der Bürgerkriegsexilanten zu ehren und Gelder für deren Entschädigung bereitzustellen, reagierte die Regierungspartei ablehnend – angeblich, da der Text des Gesetzentwurfs eine Verurteilung des Militärputsches von 1936 enthielt. Auch in der Folgezeit beharrte der PP darauf, daß der Bürgerkrieg eine „überwundene Phase“ spanischer Geschichte darstelle. In ihrer zweiten Amtszeit lehnte die Regierung Aznar über 25 parlamentarische Initiativen ähnlicher Stoßrichtung ab. Zivilgesellschaftlich führte diese Regierungshaltung allerdings zu verstärkten, von den Oppositionsparteien zumeist unterstützten Aktivitäten, wie etwa zur Gründung der „Vereinigung zur Rückgewinnung der historischen Erinnerung“.

Bis zum Ende der Regierung Aznar im März 2004 behinderte die Exekutive nahezu jegliche Erinnerungsarbeit, die einer Verurteilung der franquistischen Verbrechen gleichgekommen wäre. Erst die im Frühjahr 2004 nach den islamistischen Terroranschlägen von Madrid überraschend ins Amt gekommene sozialistische Regierung von Ministerpräsident José Luis Rodríguez Zapatero schlug eine neue Tonart an und beschloß die Einsetzung einer Untersuchungskommission, die Vorschläge zur „moralischen und juristischen Rehabilitation“ der Repressionsopfer erarbeiten sollte. Im Jahr 2005 werden erste Ergebnisse der Kommissionsarbeit erwartet.

¹⁶ Vgl. exemplarisch Pío Moa, *Los orígenes de la Guerra Civil española*, Madrid 1999; ders., *Los mitos de la Guerra Civil*, Madrid 2004; ders., *Los crímenes de la Guerra Civil y otras polémicas*, Madrid 2004; César Vidal, *Checas de Madrid: las cárceles republicanas al descubierto*, Barcelona 2003.